

BESCHLUSSPROTOKOLL

über die **öffentliche Sitzung des Stadtteilbeirates Osterholz** am

Montag, 19. Februar 2024 um 18.30 Uhr

Sitzungsort: Sitzungssaal des Ortsamtes Osterholz, Osterholzer Heerstraße 100, 28325 Bremen

Sitzungsbeginn: 18.30 Uhr

Sitzungsende: 21.00 Uhr

Teilnehmer*innen:

Herr Arslan
Herr Böschen
Frau Bohling
Herr Conreder
Herr Dillmann
Herr Greve
Frau Haase
Herr Haase
Frau Kemp
Herr Krauskopf
Herr Last
Frau Merwik
Herr Pakkan
Frau Pleister
Herr Schäfer
Herr Schlüter Sitzungsleitung/Protokollführung
Herr Sporleder
Herr Wagner

entschuldigt:

Herr Lieder
Frau Schönfelder

Frau Klin

unentschuldigt:

-/-

Weitere Teilnehmer:innen:

Herr Bartsch Leiter KOP (Osterholz)
Frau Pfeiffer QBZ Blockdiek
Herr Irmer (BORIS)
Herr Tasan (QM Schweizer Viertel)
Herr Hasemann (Stadtteilkurier)
Nicky Bohling (Jugendbeirat Osterholz)
3 sachk. Bürger:innen
ca. 15 Bürger:innen (2 Vertreter:innen der GSO)

Der Beirat ist beschlussfähig. Herr Schlüter informiert, dass Herr Irmer (BORIS) die Sitzung aufzeichnen wird und am nächsten Tag bei Youtube/BORIS einstellt. Für die Anwesenden Personen ist das in Ordnung.

Die Tagesordnung wurde einstimmig wie folgt beschlossen:

1. Genehmigung des Sitzungsprotokoll Sitzung vom 29.01.2024 (ca. 5 min)
2. Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger in Stadtteilangelegenheiten (ca. 10 min)
3. Bericht zur Situation des Jugendbeirates Osterholz (angefragt, Nicky Bohling vom Jugendbeirat) (ca. 10 min)
4. Thema „politische Bildung“ in den Schulen im Stadtteil Osterholz

- a) Welche Faktoren begünstigen eine stärkere Beteiligung der Bürger*innen?
Wie festigen wir die Demokratie? (bereits zugesagt Prof. Dr. Lothar Probst) (ca. 15 min)
- b) Welche Erfahrungen mit der Stärkung der Demokratie hat die Landeszentrale für politische Bildung (angefragt, Landeszentrale für politische Bildung) (ca. 10 min)
- c) Welche Erfahrungen gibt es mit Jugendlichen?
Wie kann ich Jugendliche aktivieren politisch zu handeln?
(angefragt, Lidice-Haus) (ca. 10 min)
- d) Wie kann politische Bildung im Rahmen der Schulen stattfinden?
(angefragt, Frau Raschen von der Senatorin für Kinder und Bildung) (ca. 10 min)
- e) Was passiert außerdem um Schüler*innen im politischen Handeln zu stärken?
(alle Referenten)
- 5. Anträge
 - Beschluss über Vergabe der Globalmittel 2024 (ca. 10 min)
- 6. Bürgeranträge in Stadtteilangelegenheiten (ca. 5 min)
- 7. Mitteilungen des Orsamtes (ca. 5 min)
- 8. Verschiedenes (ca. 5 min)

Zu TOP 1 Genehmigung des Sitzungsprotokoll vom 29.01.2024

Das Protokoll vom 29.01.2024 wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 2 Wünsche, Anregungen der Bürgerinnen und Bürger

Frau Ehnert bittet, dass die Ampelschaltung Ecke Ludwig-Roselius-Allee/Düsseldorfer Str. nochmal überprüfen sollte, die Grünphase für Fußgänger sei zu kurz. Die Thematik wird in den Fachausschuss Verkehr verwiesen. Ebenfalls ist die Thematik insgesamt an der Stelle aufgrund der tödlichen Unfälle in zwei Ausschüssen besprochen worden.

Eine Bürgerin fragt nach, ob auf der Straße am Ehlersdamm zum Rethpohl eine Beschilderung aufgestellt werden kann, um auf Schulkinder hinzuweisen?

Zu TOP 3 Bericht zur Situation des Jugendbeirates Osterholz

Gast: Nicky Bohling vom Jugendbeirat Osterholz

Nicky Bohling entschuldigt die übrigen Jugendbeiratsmitglieder. Derzeit sind 6 aktive Jugendliche dabei. Nicky Bohling stellt anhand einer Präsentation (Anlage 1) den aktuellen Stand und die Projekte dar. Der Jugendbeirat hat neue Flyer erstellt. In 2023 war der Jugendbeirat bei den Festen im Stadtteil aktiv dabei. Der Jugendbeirat hat 5.300€ für 2024 an Jugendglobalmittel zur Verfügung gestellt bekommen. Pläne des Jugendbeirates für 2024 sind wieder an Festen teilzunehmen und schwerpunktmäßig eigene Projekte des Jugendbeirates durchzuführen (z.B. Jugendkonferenz, Sprechstunde im Schweizer Foyer anbieten). Außerdem möchte der Jugendbeirat Osterholz sich mit den Jugendlichen aus Bützow treffen um vor Ort einen Austausch zu organisieren (z. B. Thema Mülltrennung, Umfrage: was brauchen die Jugendlichen vor Ort). Beirat und Ortsamt bedanken sich bei Nicky Bohling (es wird auf Anlage 1 verwiesen).

Zu TOP 4 Thema „politische Bildung“ in den Schulen im Stadtteil Osterholz

Gäste:

Herr Probst Prof. em. Uni Bremen
Frau Peyer Landeszentrale für politische Bildung
Frau Raschen Senatorin für Kinder und Bildung

Absage: Vertreter:in Lidice Haus

- a. Welche Faktoren begünstigen eine stärkere Beteiligung der Bürger*innen?
Wie festigen wir die Demokratie? (Gast: Prof. Dr. Lothar Probst)

Herr Probst stellt anhand seiner Präsentation (Anlage 2) die sozialstrukturellen Merkmale (z.B. hoher Migrant:innenanteil, Arbeitslosigkeit) vor. Auch der Anteil der wahlberechtigten Bevölkerung ist anders als in anderen Stadtteilen. Die Wahlbeteiligung bei den letzten Wahlen war ebenfalls geringer und insbesondere in Tenever sind hohe Anzahl der Wähler:innen der AfD und Bürger in Wut. Insoweit wird Bezug auf die Präsentation genommen. Bei der Frage der stärkeren Beteiligung der Bürger:innen spielen die Beiräte eine entscheidende Rolle. Möglichkeiten der Aktivierung sind Gemeinschaftsleben im Stadtteil, Bürger:innen-Treffpunkte aber auch Nachbarschaftsfeste. Weiterhin wäre ein Bürgerbüro als Anlauf- und Hilfestelle günstig, Politik zum Anfassen und selbstgemachte Litfasssäulen im Stadtteil könnten zu einer Aktivierung der Bürger:innen führen. Herr Probst bemängelt, dass die Beiräte in Bremen zu wenig Rechte haben. Vor dem Hintergrund verschiedener Entscheidungen von Gerichten, aber auch gutachterlicher Stellungnahmen müssten die Beiräte mehr Kompetenzen bekommen.

b. Welche Erfahrungen mit der Stärkung der Demokratie hat die Landeszentrale für politische Bildung (Gast: Frau Peyer, Landeszentrale für politische Bildung)

Frau Peyer erläutert (Anlage 3), dass sich die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung verändert hat. Es ist nicht mehr eine Vortragsform in der Innenstadt mit Wissenschaftlern, wo nur bestimmte Gruppen teilnehmen. Vielmehr ist es nunmehr eine aufsuchende politische Bildungsarbeit, mit einer AG-Struktur, dezentral und in den Quartieren. Frau Peyer hat beispielhaft zwei Projekte vorgestellt. Einmal die Themen Wahlen, Demokratie, Verfassung und Rechte dort ist sie in Quartieren zu Stadtteilstunden gegangen und hat Passanten aufgefordert sich mit den Grundrechten des Grundgesetzes auseinanderzusetzen. Mit der Frage welche 5 Grundrechte liegen Euch besonders am Herzen? Bei der Arbeit mit den Grundrechten ist aufgefallen, dass die Texte der Grundrechte eben sehr juristisch und alte Formulierungen enthalten. Es sind über die Grundrechte Gespräche mit den Teilnehmern entstanden oder auch untereinander. Eine andere Fragestellung war, warum sich Personen für 5 Grundrechte entschieden haben, aber auch z.B. die Frage wenn es neue Grundrechte gäbe, welche wären es? Das 2. Projekt waren Wahlscouts, die 2019 und 2021 stattgefunden haben. Unter anderem gab es Befragungen in Tenever, so dass ein Ergebnis war, dass Wahlscouts auch künftig eingesetzt werden sollten. Auf Nachfrage von Fr. Kemp teilt Frau Peyer mit, dass leider das Projekt Wahlscouts über das Innenressort angehalten wurde, da es Beschwerden gab. Nach wie vor läuft ein Verfahren beim Staatsgerichtshof. Tatsächlich sind vor den Wahlen die Wahlscouts von Tür zu Tür gegangen in kleinen Teams. Interessant ist insoweit, dass viele Menschen positiv sich dahingehend geäußert haben, dass sie auch einmal gefragt werden. Wichtig sind die Erfahrungen und Schlussfolgerungen, dass das Wahlsystem ist sehr kompliziert, so dass es Unsicherheit in Bezug auf den Wahlgang und das Wahlrecht gibt. Zudem gibt es nicht selten sprachliche Hürden. Zudem ist manchmal keine Kenntnis der Bremer Parteien und Kandidaten vorhanden. In der Familie oder bei den Bekannten ist manchmal kein Gesprächspartner für Politik vorhanden. Umgekehrt wurde von den Befragten selten genannt die Unzufriedenheit als Grund nicht wählen zu gehen. Frau Peyer hat auch mitgeteilt, dass z.B. die früher üblichen Broschüren nicht dazu beitragen das z. B. Beiräte und politische Grundstrukturen bekannt werden. Wichtiger ist die Beziehungsarbeit mit den Wähler:innen. Es hat sich aber auch herausgestellt, dass die politische Bildung in den Schulen noch besser sein kann.

c. Welche Erfahrungen gibt es mit Jugendlichen?
Wie kann ich Jugendliche aktivieren politisch zu handeln?
(angefragt, Lidice-Haus)

Dieser Punkt kann heute nicht besprochen werden, das Lidice Haus hat seine Teilnahme im Vorfeld abgesagt.

d. Wie kann politische Bildung im Rahmen der Schulen stattfinden?
Gast: Frau Raschen von der Senatorin für Kinder und Bildung)

Die Schule hat den schulgesetzlichen Auftrag Basiskompetenzen und Orientierungswissen, sowie Problemlösefähigkeiten zu vermitteln. Ein weiterer Ansatz, der die Arbeit unterstützt ist auch, dass Kinderrechte in die Verfassung aufgenommen worden sind. Auch insoweit wird auf die Präsentation (Anlage 4) verwiesen. Auf entsprechende Nachfragen verdeutlicht Frau Raschen, dass es Bildungspläne der Fächer Gesellschaft und Politik gibt und auch eine Anzahl von Mindeststunden. Darüber hinaus gibt es politische Dimensionen aller Fachgebiete. Als Beispiel nennt sie im Deutschunterricht die Behandlung von Anne Frank aber auch in Chemie und Biologie kann das Thema „Dünnsäure-Verklappung“ in der Nordsee auch mit einer politischen Dimensionen verbunden werden. Dazu dienen auch schulinterne Curricula, die zu solchen Themen herangezogen werden können. Politische Bildung ist eben ein Querschnitt für alle Fächer. Sie nennt auch z. B. landesweit einheitliche Aufgaben im Abitur und auch den Beutelsbacher Konsens nach dem es ein Neutralitätsgebot der Schulen gibt. Andererseits sollen Schüler:innen auch nicht inhaltlich überfordert werden. Ein fächerübergreifendes Lernen findet statt. Eine andere

Form der Demokratie-Bildung ist die Stärkung der Schüler:innen. Hierzu hat das Ressort 2020/2021 eine Broschüre gemeinsam mit dem Bremer Jugendring rausgegeben, es gibt auch eine Ausbildung von Vertrauenslehrern. Von Ralf Dillmann wird erwähnt, dass es in den Oberschulen nur Gemeinschaftsunterricht (Geographie, Geschichte und Politik) gäbe und häufig der politische Anteil zu „kurz“ komme. Er verweist auf durchgängigen Politikunterricht, beispielhaft in NRW und Niedersachsen und stellt die Frage, wie kann Politik innerhalb des Schulunterrichts mehr Gewicht bekommen?

- e. Was passiert außerdem um Schüler*innen im politischen Handeln zu stärken?
(alle Referenten)

Herr Singer (Schulsozialarbeiter GSO) nennt Beispiele wie er mit Jugendlichen über spielerische Themen, die er ausdrücklich nicht Politik nennt mit den Jugendlichen zu politischen Diskussionen kommt.

Zu TOP 5 Anträge

Beschluss über Vergabe der Globalmittel 2024

Herr Haase informiert, dass der Beirat Osterholz eine Gesamtsumme in Höhe von 73.865,53€ zur Verfügung hat, die Gesamtantragssumme aller 62 Anträge beträgt 89.466,04€. Der vorliegende Vorschlag des Koordinierungsausschusses umfasst eine Summe in Höhe von 69.835,20€. Vorschläge sind am 14.02.2024 an den Beirat geschickt worden.

Die eingereichten Vorschläge werden einstimmig beschlossen.

Der Antrag von dem Kuhkamp-Verein in Höhe von 150€ wird in den KOA verwiesen.

Gemeinsamer Beschlussentwurf „Einheitlicher Kostenbeitrag für Mittagessen in Ganztagschulen“

Herr Haase verliest den gemeinsamen Beschlussentwurf vor.

Der Beirat Osterholz beschließt:

Der Beirat Osterholz fordert die Senatorin für Kinder und Bildung auf, einen einheitlichen Kosten-Beitrag der Eltern für das Mittagessen in Ganztagschulen im Stadtteil Osterholz zu realisieren.

Begründung:

Für das Mittagessen in den Osterholzer Ganztagschulen (Grundschulen und weiterführende Schulen) werden unterschiedliche Beitragssätze erhoben. In der Verordnung zur Regelung der Ganztagschule, §3, Abs. 3 ist festgehalten: Die Ganztagschule bietet ein gemeinsames Mittagessen an, an dem die Schülerinnen und Schüler der Ganztagsgrundschule verpflichtend teilnehmen. Unterschiede werden dort nicht gemacht. Insgesamt ist es Eltern, Erziehungsberechtigten und weiteren Beteiligten nicht zu erklären, wie es zu den Differenzen in den Beitragssätzen der z.T. direkt nebeneinanderliegenden Schulen kommt. Ein einheitlicher, transparenter Beitragssatz ist notwendig.

Der Antrag wird einstimmig angenommen (Beschluss **Nr. 17-2024/21**. Legislaturperiode).

Beantragung einer Beratung in der Stadtbürgerschaft nach §11 Abs. 4 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter (BeirOG) zum Sachverhalt der Mittelverteilung für die Offene Kinder- und Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen

Herr Haase verliest den gemeinsamen Beschlussentwurf vor.

Der Beirat Osterholz beschließt:

Die Sozialdeputation hat in ihrer Sitzung am 08.02.2024 den Antrag des Beirates Osterholz hinsichtlich einer verbesserten finanziellen Ausstattung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit abgelehnt. Der Beirat Osterholz beantragt daher nun gemäß §11 Abs. 4 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter (BeirOG) zum Sachverhalt eine Beratung in der Stadtbürgerschaft.

Begründung:

Die Notwendigkeit, eine auskömmliche Finanzierungsgrundlage für die Offene Kinder- und Jugendarbeit zu schaffen, bleibt aus Sicht des Beirates Osterholz trotz des im Rahmen der Haushaltsberatungen angekündigten 7%-tigen Inflationsausgleichs auf alle Stadtteilbudgets dennoch bestehen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen (Beschluss **Nr. 18-2024/21**. Legislaturperiode).

Zu Top 6 Bürgeranträge in Stadtteilangelegenheiten

Von Nicole Ehnert (im Namen des Forum Verkehrswende Ehlersdamm) liegt ein Bürgerantrag zur verkehrlichen und baulichen Situation des Ehlersdamm vor. Der Bürgerantrag wird an den zuständigen Fachausschuss Verkehr verwiesen.

Zu TOP 7 Mitteilungen des Ortsamtes

Herr Schlüter verweist auf die Emails.

Zu TOP 8 Verschiedenes

Herr Dillmann bittet darum, den Termin des Koordinierungsausschusses am 20.2, wie ursprünglich abgesprochen, auf 17 Uhr (nicht 19 Uhr) zu terminieren. Der Beirat beschließt einstimmig den Termin um 17 Uhr.

Bremen, 23.02.2024

gez. Ulrich Schlüter
(Sitzungsleitung/Protokollführung)

gez. Wolfgang Haase
(Beiratssprecher)